

## **Das Ende einer Kulturnation?**

### **Über Atomprofite, Wahlstrategien und das Phänomen der German Angst**

Die Atomlüge ist aufgefliegen und die PR-Maschine läuft schon wieder. Bei einer Million Euro Gewinn pro Tag für den Betreiber eines Atomkraftwerks ist das erwartbar. Unter den Beruhigungspillen via Radio von heute ist die Behauptung, dass die Zeit für die Menschen in Japan arbeiten würde, weil sich ja so langsam alles abkühlen müsse. Das ist atomphysikalischer Unsinn und leider genau das Gegenteil von dem, was zu erwarten ist. Der erfahrene Strahlenschutzexperte Edmund Lengfelder hatte bereits Gelegenheit, in Hörfunk, TV und Print seine realistischeren und ernüchternden Voraussagen in den Diskurs einzubringen. Seine Kenntnisse fußen unter anderem auf seiner 25-jährigen Hilfstätigkeit in Tschernobyl und ganz Weißrussland. Aufgrund der Bevölkerungsdichte Japans ist die kleine Evakuierungszone zwar verständlich, aber nicht ausreichend. Langfristig gedacht dürfte die Reaktorruine nach dem Supergau immer weiter strahlen – nicht nur bei weiteren Erdbeben.

Das bedeutet, dass erstmalig ein Land aufgegeben werden könnte – eine tausendjährige Kulturlandschaft nicht mehr betretbar ist. Dann wären die Japaner ein Volk ohne Land. Dieser Vision mögen sich noch nicht viele stellen, wie man den Stellungnahmen im Japanischen Fernsehen entnehmen kann. Die Sorge um die Japaner hält sich in Deutschland jedoch in Grenzen: Börsennachrichten und Preisvoraussagen für Computerchips halten sich mit Regierungsreflexen zum Atomausstieg vor den anstehenden Landtagswahlen die Waage. Geigerzähler und Jodtabletten sind bereits ausverkauft, bevor auch nur ein Partikel des Fallouts in Fernost hier ankommen könnte. Von der Notwendigkeit, jetzt erst einmal die Japaner durch Umsiedelungshilfe zu unterstützen, ist bisher wenig die Rede.

Die kurzfristigen Reflexe könnten die langfristigen Einsichten bedrohen. Die seit Tschernobyl verwendete Argumentationsweise von der „veralteten Technologie“ dort und der „neuen, sauberen und hochsicheren Technologie“ bei uns dürfte nun nicht mehr ziehen. Allerdings verschleiert der Spin „Übergangstechnologie“ weiter, worin investiert wird und worin nicht. Obwohl Investitionen in andere und dauerhaftere Energiequellen irgendwann unumgänglich sind, sollen sie aktuell noch etwas aufgeschoben werden. Dass die gut situierten und einflussreichen Großunternehmen der Energiewirtschaft nicht eine ökologisch und somit ökonomisch sinnvollere, weil energiesparende Struktur mit diversen Energieerzeugungsmodellen fördern, ist verständlich.

Schaut man in die Vergangenheit, kündigen sich kalkulierbare Entwicklungen an. Während die Deutsche Bank grün wirbt, macht sie dicke Geschäfte mit „strahlenden“ Portfolios an den Börsen und unterstützt Firmen wie Areva beim umweltschädlichen Uranabbau. Vom Gewinn der Atomindustrie – bei 10-jähriger Laufzeitverlängerung rechnet man mit ca. 40 Mrd. Euro – wird an die Verbraucher nichts weitergegeben. Im Gegenzug wird mit Strompreiserhöhungen beim Ausbau regenerativer Energiequellen gedroht, während die Konzerne weder für ihre hochgefährlichen Abfälle noch für einen Versicherungsschutz aufkommen müssen – ein lukratives Geschäft auch für Anleger und Banken.

Andrea Soth zieht in ihrer sehr lesenswerten Recherche auf [hintergrund.de](http://hintergrund.de) ein Fazit, das wir aus anderen Bereichen bereits kennen: „Reibach für die Konzerne, Risiko für alle!“ Dabei helfen weitere Behauptungen wie die von der „Versorgungssicherheit“ oder den „hohen Kosten“ (der nicht ansatzweise vergleichbar subventionierten Alternativen). Die Energieversorgung der Zukunft ist dezentral! Ob Biogas, Wasser- oder Windkraft ist jeweils von örtlichen Begebenheiten abhängig – und damit uninteressant für die großen Energiekonzerne. Falsche Behauptungen über die vielfältigen Alternativen, die nachhaltiger sind als endliches Uran, gehören zur Werbestrategie für die alten Strukturen. Nur darum gibt es so kühne Überlegungen wie das Wüstenprojekt Desertec, das als großer Coup der Solarenergiegewinnung angepriesen wurde – bis zu den Aufständen in den nordafrikanischen Staaten.

Und die Folgen der dauerhaften Niedrigstrahlung, die seit den Atombombentests bekannt sind, werden seit jeher herunter gespielt – zeigen aber ihre sichtbaren Narben in den zunehmenden Schilddrüsenoperationen auch bei Frauen hier bei uns. Die Ergebnisse der Kinderkrebsstudie, die einen Zusammenhang von Leukämiefällen zur Nähe zu Kernkraftwerken belegt, ließen sich noch relativieren. Jetzt – nach Japan – werden solche Abwiegungen ungläubwürdiger.

Dabei kann man nur hoffen, dass mehr Sachverstand angewandt wird, als von EU-Kommissar Günther Oettinger zu erwarten ist. Der Begriff „Stresstest“ ist zumindest missverständlich und wird hoffentlich nicht als realer Ausreizungsversuch des technisch Möglichen begriffen – so wie einst in Tschernobyl. Die Rolle Oettingers in der EU scheint vor allem als Baden-Württembergisches CDU-Mitglied wichtig. Natürlich ist es richtig, dass die sog. Sicherheit, die es mit Atomenergie sowieso nicht gibt, mindestens auf EU-Ebene diskutiert wird. Gleichzeitig lenkt die Debatte ab – kurz vor der Landtagswahl im bisher so reaktorfreundlichen Ländle. Das mag der CDU nützen, den Menschen hier nicht und den Japanern wie ihren Nachbarn im Moment schon gleich gar nicht.